

# Danziger Zeitung



Nr. 18709.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**Wien, 20. Januar.** (Privattelegramm.) Der Schneesturm dauert fort. Sämtliche Bahnen haben theilweise ihren Betrieb wieder eingestellt. Viele Zuckerfabriken mußten wegen Kohlen- und Rübenmangels geschlossen werden.

**Paris, 20. Jan.** (Privattelegramm.) Die Kälte richtet enormen Schaden an; die ganze Gemüscultur in der Umgegend von Paris ist vernichtet. Im Jardin d'acclimation sind zahlreiche werthvolle Thiere gestorben. (Weitere Winterwetter- und Verkehrsrichten vergl. in der Beilage. D. Red.)

**Paris, 20. Januar.** (M. Z.) In der Kammer beantwortete Minister Ribot die Interpellation des Deputirten Bourgeois betreffend die Kündigung der Handelsverträge. Die Regierung wolle nicht alle Handelsverträge kündigen, aber Frankreich die Freiheit der Tarife wahren, insbesondere die Handelsbeziehungen zu Belgien, der Schweiz und Spanien sichern. Die Meistbegünstigung mit Oesterreich, Rußland und Dänemark sei aufrecht zu halten. Cassagnac erklärte die Zustimmung der Rechten, worauf die von der Regierung gebilligte Tagesordnung mit 458 gegen 11 Stimmen angenommen wurde.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 20. Januar.

### Die Etatsberathung im Abgeordnetenhaus.

Don den gestrigen Sitzungen der Parlamente, die jetzt beide wieder gleichzeitig tagen und dadurch den Abgeordneten mit Doppelmandaten, sowie den Journalisten wegen der Nothwendigkeit einer doppelten Berichterstattung eine schwere Last bereiten, beansprucht diejenige des Abgeordnetenhauses das größere Interesse. Es hat sich gestern am Dönhofsplatze etwas zugetragen, was unserer Erinnerung nach wirklich noch nicht dagewesen ist: man hat die erste Lesung des Etats, bei welcher bekanntlich sonst immer de omnibus rebus et quibusdam aliis — über alle möglichen Dinge und noch verschiedenes Andere — zu sprechen gestattet ist, so daß mehrere Sitzungen reichlich ausgefüllt zu werden pflegen, — diese erste Lesung hat man diesmal in einer einzigen Sitzung erledigt. Die Debatte bewegte sich zunächst in dem Rahmen der rein sachlichen Erwägungen des Abg. Richter. Derselbe erklärte sich mit der schmucklosen Darstellung, welche der Finanzminister in seiner Budgetrede gegeben hatte, in der Hauptsache einverstanden, legte aber etwas mehr als Herr Dr. Miquel den Nachdruck auf die Stelle der Thronrede, an der es hieß, der Stand der Staatsfinanzen erfordere eine unmittelbare Vermehrung der Einnahmen.

Redner berührte dann u. a. die Frage der Eisenbahntarifreform, eine Angelegenheit, die ja, wie die steigende Bewegung für den Jententarif beweist, immer lebhafteres Interesse erweckt und immer dringender der Lösung bedarf, so daß der Wunsch gerechtfertigt erscheint, die Regierung möge, auch wenn sie den Jententarif nicht wolle, wenigstens eine andere Reform in Angriff nehmen;

## Concert.

Zu Gunsten des Vereins für Armen- und Krankenpflege wurde gestern im Schützenhause ein Orchester-Concert veranstaltet, zu welchem die Besetzung des Orchesters aus den besten Kräften der hiesigen Militärkapellen auf 69 Mann verstärkt war, und dessen Programm eine größere Anzahl hervorragender Orchester-Werke enthielt, die von dem hgl. Musikdirektoren Hrn. Theil als Dirigenten zur Ausführung gebracht wurden. Darzwischen waren an zwei Stellen Chöre eingelegt, die unter der Leitung des Hrn. v. Aiffelhardt von den Gesangsschülern des städtischen Gymnasiums ausgeführt wurden. Die Ungewöhnlichkeit der Veranstaltung wie der Leistungen, welche dargeboten wurden, zum Theil neuere Compositionen betreffend, veranlaßt uns, von der Regel, daß Wohlthätigkeits-Concerte an dieser Stelle nicht besprochen werden, eine Ausnahme zu machen. Ungewöhnlich und ebenso willkommen war zunächst das Auftreten eines solchen orchestralen Körpers, größer als in den letzten 12 Jahren (wenn nicht seit viel längerer Zeit) einer hier aus heimischen Kräften beisammen gewesen ist, ungewöhnlich aber auch die Qualität der zur Mitwirkung herangezogenen Kräfte, die von dem Stande der Entwicklung preussischer Militärkapellen, von der Stärke ihrer Fähigkeit zu außerordentlichen rein künstlerischen Leistungen ein hoch erfreuliches Zeugniß ablegte. Abgesehen von der strahlenden Klangfülle eines solchen Orchesters bewunderten wir die absolute Reinheit, das ausgezeichnete präcise Ineinandergreifen, die seltene Klangschönheit und Fertigkeit der Holz- wie der Blechbläser im Ensemble wie an den einzelnen hervorragenden Solostellen, die Klarheit der Stimmenführung nicht minder als den feurigen Schwung und, wo es angebracht war, die Zartheit musikalischer Empfindung, die an diesem Orchester zu Tage trat, welches unter seinem Meister den höchsten Ehrgeiz und die vollkommenste Hingebung an seine stellenweise recht schwierige Aufgabe an den Tag legte. Wir freuten uns, Hrn. C. Theil einmal an einer Stelle zu begegnen, an welcher wir Gelegenheit haben, das große Verdienst hervorzuheben, welches dieser Mann mit seiner unver-

hoffentlich aber nicht bloß in der Richtung, die Hr. v. Tiedemann andeutete, indem er eine Ermäßigung der Massengüter-, namentlich Kohlen-tarife verlangte. Was sodann Hr. Richter über die Wirkung der Polenausweisungen sagte, wird heute in unserem Osten selbst in den conservativsten Kreisen Zustimmung finden. „Die Ausweisungen haben unsere Landwirtschaft geschädigt“; das ist die Hauptwirkung jener mit so großem „nationalen“ Pathos vor sechs Jahren ins Werk gesetzten Maßregel, eines edlen Products Bismarck'scher Gewaltpolitik und Puttkamer'scher Härte, gewesen; und diese Wirkung haben Richter, Möller und ihre Parteifreunde ganz genau vorhergesagt; damals nannte man diese wohlmeinenden Warner „Polenfreunde“ und „Waterlandsfeinde“ — wer ist es nun gewesen, der in Wirklichkeit hierbei „nationale“ Interessen geschädigt hat? Die Antwort ergibt sich aus der Thatfache, daß eben unsere Landwirtschaft geschädigt worden ist, und diese ist doch gewiß national. Die Entgegnung des Hrn. v. Tiedemann auf diese Bemerkungen fiel denn auch herzlich lahm aus. Jedenfalls ist das „nationale“ Eifern gegen die Freisinnigen wegen ihrer Haltung in dieser Frage vor 6 Jahren gänzlich verstimmt.

Erregter wurde die Verhandlung, als Graf Limburg-Stürm und Graf Kanitz die Getreidezölle und die Verhandlungen mit Oesterreich, sowie die Landgemeinordnung in die Debatte hineinbrachten. Graf Limburg erging sich wiederum in der eigens zur Discreditation des künftigen Handelsvertrages erfundenen Unterstellung, daß Deutschland zu wirtschaftlichen Opfern bereit sei mit Rücksicht auf das politische Bündniß mit Oesterreich, und er weisagte ganz im Sinne des früheren Reichskanzlers, das Bündniß werde in Folge dessen in Mißcredit kommen. Die Conservativen im Reichstage werden es sich drei Mal überlegen, ehe sie auf Grund solcher gänzlich unhaltbaren Unterstellungen einen Vertrag mit Oesterreich ablehnen, bei dem nach Herrn v. Caprivi die Regierung Mittel und Wege zur Erleichterung der Volks-ernährung sucht. Nicht viel glücklicher war Graf Kanitz, als er die Conservativen in der Landgemeinordnungscommission gegen die Behauptung Richters oder vielmehr des Ministers Herrfurth in Schutz nahm, daß sie die Rechte der Krone beeinträchtigen. Minister Herrfurth habe sich dabei wohl nichts gedacht. Er habe sich allerdings etwas dabei gedacht, replicirte schlagfertig Herr Herrfurth und warf dann die Frage auf, was sich wohl Graf Kanitz dabei gedacht habe, als er in dem bekannten Flugblatt behauptete, die Regierung wolle Samtgemeinden nach französischem revolutionären Muster einführen, während es sich lediglich um die Bildung von leistungsfähigen Einzelgemeinden handle. Auf die Frage selbst wollte der Minister — und das war interessant — zunächst nicht näher eingehen, da eine Verständigung nicht ausgeschlossen sei. Die Conservativen stimmten dem lebhafte zu; aber wenn sie dabei an die Möglichkeit einer Nachgiebigkeit der Regierung in dem entscheidenden Punkte der Zusammenlegung von Gemeinden mit Gemeinden oder selbständigen Gutsbezirken gedacht haben sollten, so wird die Enttäuschung nicht ausbleiben. Was Minister Herrfurth sich bei den angeführten Worten gedacht hat, war — nach der in Regierungskreisen herrschenden Auffassung — die Nachgiebigkeit der Conservativen.

Bezüglich des Herrn Grafen Kanitz haben wir

müßlichen Thatkraft und seinem reichen Talent sich seit vielen Jahren in steigendem Maße um das Musikleben unserer Stadt erworben hat. Ohne den Herren Militärkapellmeistern zu nahe treten zu wollen, ist Herr C. Theil mit diesen Eigenschaften, die ihn stets davor bewahren, das kaum noch „musikalische“ Handwerk, das an ihn mit so harten Forderungen herantritt, die Oberhand über sich gewinnen zu lassen, auch unter seinen Standesgenossen eine seltene und diesem Stande zur Zierde gereichende Erscheinung, die uns stets große Sympathie abgewonnen hat. Seine Musiker wissen, daß hinter der sachlichen Strenge und Festigkeit eine gewinnende Heiterkeit und ein aufrichtiges Wohlwollen steht, und auch ihnen, wie den zur Theil'schen Kapelle weiter herangezogenen Militärmusikern gebührt für die brave Willigkeit, mit der sie in sieben Proben und der gestrigen Aufführung ihre Kräfte darangelegt haben, die größte Anerkennung.

Das erste Werk, welchem diese Vorzüge zu gute kamen, war Beethovens unsterbliche C-moll-Symphonie. Mit Vergnügen bemerkten wir, daß in Bezug auf das Thema im Widerspruch mit einer alten und allgemeinen, aber falschen Tradition der Herr Kapellmeister die Anschauungen adoptirt hatte, die früher an dieser Stelle geltend gemacht wurden; wir wollen nur noch hinzufügen, daß wir H. v. Bülow wie Takte stumm vorgeben sahen, um die absolute metrische Klarheit des Themas zu sichern, die hier namentlich im ersten Anpachen einem großen Orchester eine nicht geringe Schwierigkeit darbietet. Wir bemerkten weiter mit Vergnügen die Abwesenheit jedes Bestrebens, durch persönlich-geistreiche Zuthaten die Symphonie erst interessant zu machen, worunter das Gleichgewicht der Theile nur gelitten haben würde; und bei der Unmöglichkeit, die Symphonie hier im Einzelnen durchzugeben, notiren wir nur noch die hinreichende Kraft, mit der das Finale auf die Zuhörer einwirkte.

Es folgten nach einer größeren Pause Werke zweier Zeitgenossen, die, wenn sie auch nicht auf der obersten Höhe des Componistenruhmes wandeln, doch als kenntnisreiche und geschickte Musiker bekannt sind; daß solche neben unseren großen Unsterblichen zu Worte kommen, dagegen finden wir nichts einzuwenden. Es waren

noch eine Bemerkung hinzuzufügen. Derselbe hat gestern einige Aeußerungen über die Dirshauer Bauernversammlung vom 28. Dezember und über Herrn Richters Auftreten auf derselben machen zu sollen geglaubt und dabei nach dem uns zugegangenen Bericht gesagt, „von 200 Besuchern haben sich nur 5 bereit finden lassen, die betreffende Petition (bezüglich der Landgemeinordnung) zu unterschreiben“. Herr Richter hat gestern darauf bereits geantwortet. Dem Bericht der „National-Zeitung“ zufolge hat Herr Graf Kanitz nun bezüglich dieser Versammlung ausdrücklich auf den Bericht der „Danziger Zeitung“ Bezug genommen. In diesem Berichte steht, daß die Versammlung fast einstimmig fünf Beschlüsse gefaßt und eine Commission von 6 Mitgliedern erwählt hat behufs Redigirung dieser Beschlüsse und Uebermittlung derselben an das Abgeordnetenhaus im Auftrage der Versammlung. So der Thatbestand, der ein wenig anders aussieht, als ihn der Herr Graf Kanitz darzustellen beliebt hat. Wir werden natürlich auf den Fall näher zurückkommen, wenn der stenographische Wortlaut vorliegt; aber schon für heute möchten wir dem Herrn Grafen Kanitz in aller Bescheidenheit bemerken: Wenn er auf den Bericht der „Danziger Zeitung“ Bezug genommen, denselben doch also wohl auch gelesen hat, und wenn er trotzdem die in Frage stehende spöttische Aeußerung that, dann hat er die Unwahrheit gesprochen, und zwar nicht unbedacht.

## Im Reichstage

nahm gestern den größten Theil der Sitzung der Antrag Auer u. Gen. ein betreffend die Aufhebung des gegen den Abg. Grillenberger von dem Landgericht Nürnberg während der Verurteilung des Reichstages eingeleiteten Strafverfahrens. Daß der auf den 7. Februar anberaumte Termin auf Verlangen des Reichstages aufgehoben werden muß, darüber bestand keine Meinungsverschiedenheit. Der Streit drehte sich nur darum, ob die Zustimmung des Reichstages schon jetzt zu verweigern sei und der Antrag Auer, soweit derselbe sich auf die Interpretation des Art. 31 der Verfassung bezieht (d. h. auf die principielle Frage, ob das, was während des Zusammenseins des Reichstages gilt, auch während einer Vertagung desselben gelten soll), an die Geschäftsordnungscommission zu verweisen sei, oder ob für jetzt kein Beschluß gefaßt werden, sondern der ganze Antrag Auer an die Commission gehen sollte. Abg. Mundel befürwortete den letzteren Weg. Wenn heute die Einstellung des Verfahrens verlangt werde, und wenn dann der Reichstag über die principielle Frage sich nicht einigt, so würde der Schein hervorgerufen, als habe der Reichstag das Verfahren der bairischen Gerichte als verfassungsmäßig anerkannt. Bei der Abstimmung wurde die Verweisung des ganzen Antrages Auer an die Commission, für welche die Linke stimmte, mit geringer Majorität abgelehnt. Gegen den Antrag auf Einstellung des Verfahrens stimmte dann auch ein Theil der Freisinnigen, während der andere Theil mit Mundel dafür stimmte. Der Rest des Antrages Auer geht an die Geschäftsordnungscommission. Daß in dieser über die Interpretation des Art. 31 der Verfassung in dem Sinne, daß ebenso wenig während der Vertagung wie während des tatsächlichen Zusammenseins des Reichstages ohne Zustimmung desselben ein

Strafverfahren gegen Mitglieder desselben eingeleitet werden darf, eine Verständigung erzielt werden wird, ist nach dem Verlauf der Debatte nicht zu bezweifeln. Minister v. Bötticher hat festgestellt, daß in Preußen die weitergehende Interpretation des Art. 31 von den Gerichten anerkannt sei, im übrigen aber hätten weder die Regierungen, d. h. der Bundesrath, noch der Reichskanzler sich bisher mit der Sache beschäftigt. Die ganze Verwirrung rührt offenbar von der Interpretation des Art. 31 her, welche das Münchener Oberlandesgericht beliebt hat. Daß der Reichstag allein zu einer authentischen Interpretation der Verfassung nicht competent ist, wurde allseitig zugegeben. Der Satz, daß der Privilegirte (in diesem Falle der Reichstag) der berechtigten Interpret des Privilegiums sei, wollte Herr Mundel schon deshalb nicht gelten lassen, weil anderenfalls die Privilegirten bei der Zuckersteuerfrage davon Gebrauch machen könnten.

## Gesekhentwurf über die Bekämpfung der Trunksucht.

Nach Aeußerungen des Staatssecretärs des Reichsamts des Innern v. Bötticher in der Montagsitzung des Reichstages ist es wahrscheinlich, daß der Reichstag sich noch in der gegenwärtigen Tagung mit einem Gesekhentwurf über die Bekämpfung der Trunksucht beschäftigen wird. Die Vorarbeiten zu diesem Gesekentwurf haben eine lange Zeit in Anspruch genommen. Im Februar 1888 fand im Reichstage eine Verhandlung über eine Anzahl Petitionen statt, welche Maßnahmen zur Einschränkung und Vorbeugung der schädlichen Folgen des übermäßigen Genusses geistiger Getränke in Vorschlag brachten. Die Petitionen wurden dem Reichskanzler als Material zur Gesekgebung überwiesen. Der Bundesrath, an den dieser Beschluß ging, übermies das Material seinem Vorsitzenden. Daraufhin wurden sogleich commissarische Verhandlungen zwischen den verschiedenen Reichsstellen und den betreffenden Ministerien eingeleitet, um in Erwägung zu nehmen, was auf dem Gebiete der Bekämpfung der Trunksucht zu thun sei. Im Januar 1889 waren diese Verhandlungen zum Abschluß gekommen. Jedoch war die Herstellung eines endgiltigen Gesekentwurfs damals nicht leicht, weil auch nach dem Bericht der Commissarien die vorgeschlagenen Wege zur Erreichung des Zieles sehr mannigfaltig waren. Es wurden denn auch noch einmal mit den einzelnen Bundesregierungen über den Gegenstand Verhandlungen eingeleitet. Nachdem auch diese zum Abschluß gelangt sind, ist es endlich möglich geworden, die Aufstellung eines Gesekentwurfs in Angriff zu nehmen. Derselbe wird sich, wie der Staatsminister v. Bötticher betonte, auf gewerbepolizeilichem und civilrechtlichem Gebiete bewegen und Strafvorschriften in Aussicht nehmen. Nachdem die Bundesregierungen vorher gehört worden sind, ist vorauszusetzen, daß die Beratungen über den Entwurf im Bundesrath mit großen Schwierigkeiten nicht zu kämpfen haben werden.

## Der Kaiser und der Bimetallismus.

Es wird den „Pol. Nachr.“ bestätigt, daß der Kaiser bei dem Diner des Finanzministers sich Herrn v. Kardorff gegenüber in einer allerdings jeden Zweifel ausschließenden Weise gegen den Bimetallismus erklärt hat; die Worte sollen zwar etwas anders gelautet haben, als von der „Magdeb. Ztg.“ berichtet wurde; darauf kommt

das wir gestern so vortrefflich zu hören bekamen. Da erlebte man es mit, wie dieses Geschlecht strebte und empfand, wie es betete und wie es handelte, wie es litt und hoffte. Nur die Trompetensfanfare, mit der der Morgenstrahl der Freiheit dort hereinbricht, war im dritten Takte (in den Terzen) unnothig rasch; dadurch verliert sie etwas an Weite; ganz wenig zwar muß dort schon das rallentando nach der Fermate hin sichtbar werden.

Der Gymnasialchor, unter der Leitung seines im Musikleben Danzigs als Dirigent des Männergesangvereins gleichfalls verdienstvoll bewährten Lehrers Hrn. v. Aiffelhardt, sang zuerst das Engelsterzett aus dem „Elias“ von Mendelssohn. Es war erfreulich zu hören, wie die Anaben von 9—12 Jahren das Stück auswendig und mit Empfindung vortrugen. Eingreifender wirkten natürlich die vierstimmigen Schulchöre, die „Schelmlieder“ von Johannes Schundorff. Es war uns eine besondere Genugthuung, nachdem wir vor Jahren in einem besonderen Artikel auf diesen Componisten an dieser Stelle hingewiesen ihm endlich in unserer Öffentlichkeit zu begegnen. Die Schelmlieder „Kommt ein Fuchs zum deutschen Rhein“, „Was kraucht dort in dem Busch herum“ und das vom „General Staff“ (= Generalstab) kamen ebenfalls ohne Notenblatt und eben daher so geistreich, rein und mit allem, was daran nicht eben leicht ist, sicher zu Gehör; die kleine Unterstützung durch Streichquartett war der Wirkung nicht nachtheilig, und es gewährt die saubere und lebendige Ausführung den Zuhörern ein ebenso herzliches Vergnügen, als es sichtlich bei der lieben Jugend selber der Fall war. Nun wäre es Zeit, daß Einer die hochbedeutenden ernsten, auf 1870/71 bezüglichen vaterländischen Gesänge des unübertroffenen Componisten von Chorleitern dieser Art in die Hand nähme, deren Ausführung durch den Verfasser dieser Zeilen J. J. an dem Tode des Kaisers Friedrich scheiterte; es ist meine volle Ueberzeugung, daß Kaiser und Reich ein Gefallen geschähe, wenn diese Lieder lebendiges National-eigenthum würden; jeder Gesangverein dürfte es als patriotische Ehrensache ansehen, sie nicht ungesungen zu lassen. Der gestrige Abend verlief in künstlerischer Beziehung mit allem, was er bot, bedeutungs- und erfolgreich. Dr. C. Fuhs.

es ja aber wenig an. Jedenfalls ist Herr v. Kardorff gründlich abgeführt worden und mit ihm die Bimetallisten überhaupt. Die „Pol. Nachr.“ fügen hinzu, daß der Kaiser vor bald zwei Jahren in Folge verschiedener seitens Interessenten der Doppelwährung unternommener Schritte Gelegenheit nahm, sich eingehend über die Frage zu orientieren, und die ablehnende Haltung, welcher Sr. Majestät den Kardorff'schen Ausführungen gegenüber Ausdruck verlieh, bestätigt nur die damals bereits in engeren Kreisen bekannt gewordenen Anschauungen Sr. Majestät über den Bimetallismus.

#### Die letzten Notenbanken.

Nachdem mit dem Ablauf des Jahres 1890 die Befugnis der Magdeburger Privatbank, der Danziger Privat-Actienbank, der Posener Provinzial-Actienbank, sowie der Chemnitzer Stadtbank zur Ausgabe von Banknoten erloschen ist, giebt es in Deutschland nur noch neun Notenbanken. Von der Reichsbank abgesehen fallen zwei auf Preußen, die Städtische Bank in Breslau und die Frankfurter Bank, sowie je eine auf Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen (Bank für Süddeutschland in Darmstadt) und Braunschweig. Während der Anteil der Reichsbank an dem Gesamtbetrage des der Steuer nicht unterliegenden ungedeckten Notenumlaufs die Höhe von 292 117 000 Mk. erreicht hat, beträgt derselbe für die übrigen acht Notenbanken zusammen 92 883 000 Mk. Auf die Bairische Bank kommen davon 32 000 000 Mk., auf die Sächsische 16 771 000 Mk., auf die Frankfurter, die Württembergische, die Badische und die Hessische Bank je 10 000 000, auf die Braunschweigische 2 829 000 und auf die Breslauer Bank 1 283 000 Mk.

#### Die Rundgebung in Brüssel.

Der heute stattfindende Rundgebungszug soll sich nicht zum Kammergerichtsgebäude bewegen. Die Adresse zu Gunsten der Verfassungs-Revision soll nicht dem Kammer-Präsidenten, sondern im Stadthause dem Bürgermeister Buis überreicht werden, der dieselbe der Kammer zustellen wird.

Im übrigen hat sich die Regierung auf alles gefaßt gemacht, wie auch aus folgender uns heute zugehenden Meldung hervorgeht:

Brüssel, 20. Jan. (Privattelegramm.) Gestern Abends 5 Uhr sind alle Truppen congniert und mit scharfen Patronen versehen worden.

#### Der schwedische Reichstag.

Ist gestern mit einer Thronrede eröffnet worden. In derselben wird das gute Verhältnis zu allen Mächten betont und die günstige Finanzlage hervorgehoben, welche eine kräftige Entwicklung der Staatseisenbahnbauten und die Förderung anderer wichtiger Staatsbedürfnisse ohne Zuhilfenahme einer neuen Anleihe gestatte. An Vorlagen werden angekündigt eine neue Heeresordnung, ein neues Schiffsahrtsgesetz und ein Unfallversicherungsgesetz für Arbeiter.

#### Die letzte französische Anleihe.

Das Pariser „Journal officiel“ veröffentlicht eine Verfügung des Finanzministers über den Reparatiousmodus für die am 10. Januar zur Zeichnung aufgelegte Anleihe. Darnach beträgt das Totalergebnis der Zeichnungen 469 860 290 Frcs. Rente, die Zahl der Zeichner beträgt 260 060. Bei der proportionalen Reduction erhält jeder Zeichner 58,75 für 100 Frcs. seiner Zeichnung; diejenigen Zeichner, welchen durch die Anwendung des Reducionscoefficienten ein geringerer Anteil als 3 Frcs. Rente zufallen würde, sollen 3 Frcs. Rente erhalten.

#### Französisch-spanische Verhandlungen.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat gestern die französisch-spanische Commission zur Berathung der Rio-Mouny-Frage eine Sitzung abgehalten. Man hält eine Verständigung über die Frage des Cap blanc für leicht erreichbar, eine Einigung in der Rio-Mouny-Frage aber für schwierig. Französischerseits beruht man sich auf die Verträge mit den Regentkönigen, mit Deutschland und dem Congo-Reich, spanischerseits wird auf die erfolgte Occupation mehrerer Punkte und Zollstationen auf dem Rio-Mouny-Flusse Bezug genommen. Spanien dürfte, falls ein Einvernehmen nicht zu erzielen sein sollte, die Einschleppung eines Schiedsgerichts vorschlagen.

#### Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 19. Januar.

Erste Berathung des Etats 1891/92.  
Abg. Richter: Nach dem Wunsch Ihrer Partei werden wir uns heute auf das Nothwendigste beschränken. Ich werde auch die Reichstagsfragen nicht berühren. Der Etat giebt zu großen Betrachtungen keine Veranlassung. Daß der Finanzminister mit einer solchen schwundvollen Rede ohne „Raketen“ und ruhmredige Wendungen den Etat eingebracht hat, ist ein Vortheil. Er hat allerdings das Finanzbild etwas zu blaß und grau, mitunter schwärzlich gemalt. Aber er hat Recht. Große momentane Ueberflüsse geben keine Gewähr für die Dauer. Eine politische oder wirtschaftliche ungünstige Conjunction wirft die ganze Finanzwirtschaft über den Haufen. Daher ist Vorsicht immerhin geboten. Die großen Betriebe mit ihren großen Schwankungen haben Gefahren. Und es ist ein Verdienst des Finanzministers, daß er diese Gefahren, wie wir es seit Jahren gethan, vor die Augen geführt und vor Klugleuten gewarnt hat. Auch seinen Betrachtungen über den Werth des sog. Garantiegeldes, den „Schaumblöhen“ des Herrn v. Stephan, stimmen wir zu. Wir wünschen nur, daß er die Consequenz daraus ziehe und die Regierung dieses Geseß aufhübe. Wir haben im laufenden Jahre immerhin einen Ueberfluß von 33 Mill. Wahrscheinlich wird es mehr. Wir haben im Reich aus den eigenen Einnahmen einen Ueberfluß von 10 Mill. Die Finanzlage ist also zur Zeit günstig. Wir folgern daraus nicht, daß man große Mehrausgaben bewilligen möge, aber wir halten fest an dem Satz, die Staatsfinanzen erfordern eine Vermehrung der Steuern nicht. Dieses hat auch die Thronrede festgestellt. Wir wollen den Minister in Bezug auf die Ausgaben unterstützen, umfomehr, als auf zwei Gebieten, der Schule und der Beamtenbesoldungen, Mehrausgaben notwendig sind. Für die letzteren hat die Regierung in diesem Etat 1/2 Mill. eingelegt. Sie behält sich das Weitere vor. Die Einnahmen sind in dem vorgelegten Etat vorsichtig veranschlagt. Ich gebe zu, daß dagegen nichts einzuwenden ist. Die Eisenbahnen geben im laufenden Jahre 5 1/2 Mill. Mehrüberschüsse. Im nächsten Etat 12 Mill. Wenn man bedenkt, daß 750 Alton. mehr in Betrieb kommen, ist das fast heinerliche Steigerung der Einnahmen. Redner führt nun im Detail aus, daß die Ausgaben in letzter Zeit verhältnißmäßig stärker geworden sind wie die Einnahmen. Dabei ist nichts von größeren Verwaltungs-Maßregeln und keine Tarifreformen in Aussicht genommen. Die Regierung wird in dieser Beziehung vorwärts gehen müssen. Die Bewegung süden Sonentaris wächst von Tag zu Tag. Will die Regierung das nicht,

so soll sie wenigstens eine andere Reform in Angriff nehmen. Auch tüchtige Eisenbahnsachmänner wie Braeßle verlangen eine Tarifreform auf dem Gebiet der Güterbeförderung. Die Nebenfonds zur Verstärkung der Betriebsmittel hatte ich nicht für zweckmäßig. Es wäre besser, die Mittel im Etat zu bewilligen. Man würde dann auch billigeres Material beschaffen können, wenn es in ruhiger, stetiger Weise vermehrt würde. Die westliche Presse hat den Minister scharf angegriffen wegen seines Verhaltens bei den Submissionen. Wir können dasselbe nur billigen. Der Minister hat das Interesse der Gesamtheit und der Steuerzahler zu vertreten. Wenn er die Concurrenz des Auslandes zuläßt, um sich nicht bedingungslos den Forderungen der Fabrikanten-Ringe zu unterwerfen, so können wir das nur billigen. Hoffentlich wird niemals ein preussischer Eisenbahnminister deshalb entlassen werden, weil er den Forderungen solcher Ringe sich nicht unterwirft. (Zustimmung.) Der Forstetat ist meiner Ansicht nach zu niedrig veranschlagt. Auch dieser Etat liefert den Beweis, daß nicht allein die Preise des Holzes, sondern vielmehr die Holzholzausbeute entscheidend ist für den Ertrag der Forsten. Die Holzholzausbeute ist von Jahr zu Jahr gestiegen. In Bezug auf die Beamtengehälter hat sich gezeigt, daß unsere Beamten gegen die Stellenzulagen gerechtfertigt waren. Der Finanzminister selbst erklärte, daß die Regierung mit einer gewissen Willkür hat verfahren müssen. Nichts aber erbittert mehr, als eine solche Willkür. Wäre man unseren Bedenken gefolgt, so hätte man diese Reformen verlagert. Die Regierung selbst will jetzt eine Veränderung, und wir stimmen ihr unbedingt zu, wenn sie seltene Altersstufen und eine Vermehrung der etatsmäßigen Stellen in Aussicht nimmt. Das haben wir von jeher gefordert. Hoffentlich wird die Regierung bald damit vorgehen; dann müssen die Beamten, woran sie sind, Erleichterung erfahren. Erleichterung ist die Vermehrung der Fabrikinspectoren. Wir wünschen, daß dieselben die erforderliche Autorität erhalten. Das Alters- und Invalditätsgesetz verlangt in diesem Etat vorläufig 3/4 Mill. mehr bei den Landräthen und Schiedsgerichten. Wir werden in Zukunft noch mehr zu bewilligen haben. Erleichterung ist die Position wegen Regulierung der Neze und die 300 000 Mk. Beihilfe zu Versuchsanlagen zu Eintassen von Flußwasser in bedachte Niederungen. Solche Besuche sind dringend erwünscht. Wir werden uns darüber noch weitere Aufklärungen erbitten und namentlich das Gutachten der Bauakademie. Wir wünschen auch, daß diese Besuche nicht bloß bei der Oder und Elbe, sondern auch bei der Weichsel gemacht werden (Redner giebt die Gründe näher an). Eine Mehrforderung enthält der Etat der Anstaltungs-Commission. Die sog. Polengeseße unterliegen immer mehr der Kritik. Man wird bald zu der Ueberzeugung kommen, daß wir Fehler gemacht haben. (Sehr richtig! links.) Wir haben es Ihnen vorausgesagt. Alle diese Maßregeln haben unsere polnischen Mitbürger dazu geführt, sich fester an einander zu schließen und abzuhelfen. Den 100 000 Morgen, welche die Anstaltungs-Commission angekauft hat, stehen 30- bis 40 000 Morgen gegenüber, welche die Polen von Deutschen gekauft haben. In der Stadt Posen ist das polnische Element, wie aus den verschiedenen Anzeichen hervorgeht, durch die Maßregeln nicht geschwächt, sondern gestärkt. Die Ausweisungen haben unsere Landwirtschaft geschädigt. Die Wüderung der Maßregeln scheint nur halb zu sein. Derartige Vorgehen verfehlt nie, sondern es verbittert, ebenso wie die Nichtbestätigung des Grafen Bernstorff in Hannover, welche großes Aufsehen erregt hat, eines Mannes, der anerkanntermaßen in Kreisangelegenheiten große Verdienste und niemals die Politik in seine Thätigkeit hineingemischt hat. Man konnte nicht erwarten, daß das unter der Verwaltung Bennigens in Hannover möglich sei. Unbegreifung empfinden wir darüber, daß dieselben Maßregeln, welche wir früher bekämpft und derentwegen man uns als „Reichsfeinde“ benannt hat, jetzt von der Regierung wenigstens theilweise rückgängig gemacht werden. Hoffentlich bestätigt sich die Nachricht des „Berliner Tageblatts“, daß jetzt mit neuen Ausweisungsmassregeln in Königsberg vorgegangen wird. Der Finanzminister beklagt sich über das langsame Steigen der directen Steuern. Wer hat dieselben abgebrochen? Waren wir es? Der frühe Reichskanzler hat die ganze Klassensteuer beseitigen wollen. Wir sind dem entgegengetreten. Kann man sich wundern, daß die Regierung für die kolossale Steigerung an den indirecten Steuern wenigstens einen Brocken Erlaß an directen Steuern gewähren wollte? Seit 10 Jahren sind die Zölle und Verbrauchssteuern von 5 Mk. pro Kopf der Bevölkerung auf 13 Mk. pro Kopf gestiegen. Wir haben gegen diese Umkehr der Steuerpolitik Protest eingelegt. Auch die preussische Finanzverwaltung hat immer die Empfindung gehabt, daß das keine richtige Politik sei, aber der Wiederstand war ohnmächtig. Camphausen fiel, Hohrecht, Bitter, sie alle fielen dem Einfluß des Reichskanzlers gegenüber. Nur Herr Scholz ging die Wege des Meisters. Es ist das Verdienst der Landesvertretung, daß das directe Steuersystem nicht noch mehr abgebrochen ist. Will die Regierung anderen Cours, wir sind einverstanden. Dieser Cours liegt auf unserem Wege. Niemand hat die directen Steuern so unpopulär gemacht und so discreditirt, wie der frühere Reichskanzler. Wir sind einverstanden, wenn Umkehr erfolgt. Der Finanzminister hat erklärt, daß man der Richtung entgegenzutreten müsse, welche vom Staate alles verlangen, aber nicht viel bewilligen wolle. Vollkommen richtig. Wir werden ihn darin unterstützen. Eine Volksvertretung verleiht ihre Pflicht, wenn sie das als notwendig Anerkannte nicht mit Einnahmen decken will. Aber eine Regierung und eine Volksvertretung, welche mehr Steuern verlangt, als zur Deckung des jeweiligen Bedarfs notwendig sind, verleiht auch ihre Pflicht und treibt eine bedenkliche Finanzpolitik. Wir verlangen nichts weiter, als daß in jedem Jahre nur so viel an Steuern erhoben wird, als der Jahresetat an festgestellten Ausgaben nöthig macht. Eine solche Wirtschaft liegt auch im Interesse der Krone. Sie allein macht eine sparsame und rationelle Finanzwirtschaft möglich. Man sagt, wir wollten eine Machterweiterung des Parlaments. Davon kann hier nicht die Rede sein. Will man die gegenwärtigen Einnahmen fixiren und nur das Mehr jährlich bewilligen lassen, auch das würden wir zugestehen. Niemals aber verstehen wir uns dazu, mehr Einnahmen zu bewilligen, als der Augenblick erfordert. Auch das liegt im Interesse der Krone. Die Interessen derselben sind für uns immer gleichbedeutend mit denen des Staates. Deshalb sind wir monarchisch. Der Regierung in großen Fragen, wo es sich um das allgemeine Staatsinteresse handelt, die Entscheidung zu überlassen, wie z. B. bei der Landgemeindevorordnung im § 2, haben wir keinen Anstand genommen. Da wollen wir die Macht der Lokalverwaltung nicht. Den Satz, daß die Ausgaben stets rapide wachsen müssen, erkennen wir nicht an. Der preussische Staat hat in dem halben Jahrhundert von 1820 bis 1865 trotz kolossalen wirtschaftlichen Aufschwungs nicht mehr an Steuern erhoben. 1820 betrug die indirecte und directe Besteuerung 12 Mk. pro Kopf der Bevölkerung, im Jahre 1865 dieselben 12 Mk. Bekämpfen wir also die Richtung, welche mehr Steuern bewilligen will, als der Augenblick erfordert. (Beifall links.)  
Abg. v. Liebenann-Bomst (freiconf.): Eine Vereinfachung des Tariffsystems ist zu wünschen, aber der Sonentaris wird bei uns nicht kommen. Durchgeführt müßte aber werden eine Ermäßigung der Tarife für Maschinengüter. Das in den nationalen Gegenseiten in Posen sich jugelst hat, entspricht der Thatsache nicht, die Abstimmlung der polnischen Fraction für die Militärvorlage beweist das Gegentheil. In der Presse ist es mehrfach so dargestellt worden, als wenn meine politischen Freunde in den Fragen der Wirtschaftspolitik eine andere Stellung einnehmen als bisher. Ich bestreite dies namens meiner Partei.  
Abg. v. Gariński (P.): Die Wohlstandsverhältnisse sind nicht so gut, daß man neue Steuern erheben könnte. Daran ist die Aufhebung der Parteien und Nationalitäten schuld. Die Wirkung des Anstaltungs-

geseßes hat Abg. Richter ganz richtig dargestellt. Wenn Abg. v. Liebenann meint, die Abstimmlung der Polen bei der Militärvorlage sei eine Folge des Anstaltungs-geseßes, so beruht das auf einer vollständigen Verkenennung des polnischen Charakters. Die Anstaltungs-commission muß sobald wie möglich ihre fruchtlose Thätigkeit einstellen.  
Abg. Sattler (nat.-lib.): Der Etat ist diesmal sehr sparsam veranschlagt worden, namentlich ist bei der Veranschlagung der Eisenbahn-Einnahmen und -Ausgaben sehr vorsichtig verfahren worden; aber auch diese Veranschlagung hat noch einen zweifelhafte Werth, denn die Einnahmen sind noch höher veranschlagt als für das verkehrsreiche Jahr 1889/90, während jetzt eine Verkehrsverminderung sich herausgestellt hat. Die Klagen über die Antipolengeseße halte ich nicht für gerechtfertigt; namentlich ist die Thätigkeit der Anstaltungs-Commission keine polenfeindliche; ich möchte ihr diesen Charakter gern nehmen, indem ihre Thätigkeit auch auf die anderen Provinzen ausgedehnt würde. Steuern auf Vorrath wollen wir nicht bewilligen und will die Regierung nicht haben; das Mehr, welches bei der Reform der directen Steuer herauskommt, soll zur anderweitigen Erleichterung angewendet werden.  
Abg. Windthorst (Centr.): Der Etat und die überaus nüchterne Rede bei seiner Einbringung hat mir bewiesen, daß der Finanzminister ein sparsamer Mann ist; wir sollten alle diesem Beispiele folgen. Die Maßregeln gegen die Polen habe ich mit meinen Freunden jederzeit bekämpft; wir halten es auch jetzt noch für ein Gebot des gefunden Menschenverstandes und einer vernünftigen Politik, von solchen Maßregeln zurückzutreten, zumal die Ausschließung der Arbeiter aus russisch-polen sich als unhaltbar erwiesen hat. Das Geseß, welches durch die Ausweisungen verursacht ist, werden wir ebenso wenig gut machen können, wie die Repressalien befristigt werden können, welche man in Rußland ergreifen hat. Den 100-Millionenfonds könnte man für Secundärbahnen verwenden oder um den Kanalbau zu fördern; dadurch wird man Zufriedenheit hervorruhen bei den Polen. Daß man einem so conservativen Mann wie dem Grafen Bernstorff die Bestätigung hat versagen können, begreife ich nicht; der Minister des Innern hat dadurch keine Beruhigung in Hannover geschafft. Wir müssen darauf rechnen, daß die Einnahmen im Reich sich vermindern werden, wenn eine Tarifreform notwendig wird durch Abschluß des Vertrages mit Oesterreich, welchen ich für meine Person bringen wünsche und für den ich erhebliche Opfer zu bringen bereit bin.  
Finanzminister Riquel: Ich kann für die objectiv und freundliche Beurtheilung des Etats den verschiedenen Vorrednern nur dankbar sein. Diese nüchterne und trockene Art werde ich auch in Zukunft wieder anwenden. Als ich von denen sprach, die vom Staate viel fordern, aber nichts geben wollen, habe ich keine bestimmte politische Partei bezeichnen wollen, sondern nur eine allgemeine Richtung, welche im Volke und in der Landesvertretung vorhanden zu sein pflegt. Der Staat soll nur da eingreifen, wo er allein berufen ist zu helfen und andere Corporationen oder Individuen sich zu helfen außer Stande sind. Abg. Windthorst mahnt zur Sparsamkeit, empfiehlt aber die Beförderung des Secundärbahnwesens. Jeder hat eben seine besondere Liebhaberei, während er in der Theorie sparsam ist. Das Secundärbahnwesen wird nicht ins Gehen gerathen. Die Steuern, welche nur im Reich bewilligt sind, sind notwendig geworden durch die unbedingt erforderlichen Mehrausgaben, welche die Freisinnigen zum größten Theil selbst mitbewilligt haben. In Preußen ist wenig zu sparen. Die angegriffene Thätigkeit der Anstaltungs-commission zur Stärkung des deutschen Elementes in Polen und Westpreußen muß ich verteidigen; keine Nationalität hat Ursache, sich darüber zu beklagen; das sind Culturmaßregeln, keine Kampfmaßregeln. Auch einige der anderen Maßregeln haben den Erfolg gehabt, das Wissen und die Cultur der polnischen Bevölkerung zu heben und die Polen dem Deutschtum zu nähern, auf Grund der verfassungsmäßigen Verpflichtungen über die Untrennbarkeit der polnischen Landesheile vom preussischen Staat. (Beifall rechts.)  
Abg. Graf Limburg-Stürm (conf.) nimmt den Finanzminister v. Scholz in Schutz gegen die Angriffe, welche von verschiedenen Seiten gegen ihn gerichtet worden sind. Vom wirtschaftlichen Standpunkte aus denkt die Mehrheit des Reichstages nicht an eine Herabsetzung der Getreibeölle, und der Landtag muß sich jedenfalls gegen die Herabsetzung aussprechen aus finanziellen Gründen. Es ist zu befragen, daß der Handelsvertrag mit Oesterreich dem Bündniß nicht zum Vortheil gereicht. Dieses Bündniß ist jetzt populär, weil dadurch der Friede gesichert worden ist. Man rechne in Oesterreich unbedingt auf Concessionen im Gebiete der Landwirtschaft und es ist unmöglich, daß Oesterreich auf industriellem Gebiete Concessionen macht, welche auch nur im entferntesten das aufwiegen, was Deutschland auf landwirtschaftlichem Gebiete concibirt. Hr. Windthorst sollte diesen Punkt doch etwas in Erwägung ziehen. (Beifall rechts.)  
Abg. Graf Kanitz (conf.): Herr Richter hat seine Partei als eine monarchische bezeichnet und dabei wohl an die Landgemeindevorordnung gedacht. Redner geht ausführlich auf die Dirschauer Versammlung ein, in welcher Richter behauptet hatte, daß es sich darum handle, ob die Krone oder der Kreisausfluß das Recht haben sollen, Landgemeinden zusammenzulegen. Troßdem hrn. Richter in dieser Versammlung ein dreifaches Hoch zum Schlusse dargebracht wurde, haben von 200 Zuhörern nur 5 sich bereit finden lassen, die betreffende Petition zu unterschreiben. (Hört! rechts.) Es gewinnt den Anschein, als wenn Herr Richter der Vertheidiger der Rechte der Krone sei, während es stets Sache der conservativen Partei gewesen sei, die Rechte der Krone gegen Abdrödelung zu schützen; das gesehe auch bei der Landgemeindevorordnung. Es sei zu befürchten, daß durch die weitgehenden Vorschläge bei der Landgemeindevorordnung die Verhältnisse verschoben werden. (Zuruf: Etat!)

Abg. Richter: Ich habe das Verhalten der conservativen Partei bezüglich der Landgemeindevorordnung garnicht erwähnt. Den Schutz der Rechte der Krone haben die Conservativen immer als ihre Aufgabe betrachtet, aber nach dem Satze: Und der König absolut, wenn er unsern Willen thut. (Widerpruch.) Was hat die Dirschauer Versammlung mit dem Etat zu thun? Die Darstellung, welche Graf Kanitz von dieser Versammlung gegeben hat, ist thatsächlich unrichtig. Jene fünf Herren sind von der Versammlung ausersessen, und die Petition im Sinne der Beschlüsse der Versammlung ausgearbeitet. Ich bedauere, daß Graf Limburg den deutsch-österreichischen Handelsvertrag so aufstellt, als ob derselbe im Stande sein würde, das politische Bündniß zu gefährden. Eine solche Auffassung ist mir unbegreiflich. Gerade die Verhältnisse der modernen Cultur haben die Völker doch auf einen freundschaftlichen Verkehr mit einander hingeführt. Ich bin ungeheurt der Meinung, daß ein Handelsvertrag mit Oesterreich das freundschaftliche Bündniß zwischen den beiden Brüderstaaten fester halten wird. Es ist eben eine irrige Auffassung, daß Staatsinteressen die Begünstigung einzelner privilegierter Klassen verlangen. Wir freuen uns, daß der Sr. Reichskanzler nicht bloß den baldigen Abschluß der Verhandlungen mit Oesterreich, sondern die Annäherung weiterer Vertragsverhandlungen mit anderen Völkern angekündigt hat. Wir meinen, es muß angeknüpft werden an jene große Periode, die mit dem Handelsvertrag mit Oesterreich 1865 anfang, und bei dem der damalige Ministerpräsident v. Bismarck erklärte, daß diese Handelsverträge eine neue Epoche im internationalen Verkehr bilden und zur Festigung der Freundschaft unter den Völkern dienen würden. Wir bedauern es, daß aus der Mitte der Landesvertretung hier ein solcher Ruf hat ertönen können, daß Handelsverträge mit anderen Völkern Feindschaft unter ihnen machen. Ich kann nur wünschen, daß diese Meinung im deutschen Volke keinen Boden hat. Ich freue mich, daß nicht dieser Landtag, sondern der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Reichstag über die Frage zu entscheiden hat, und bin dessen sicher, daß, wenn der Handelsvertrag dort vorgelegt wird, er auch Annahme findet. (Beifall links.)  
Minister Herrfurth: Ich habe nochmals, wie schon in der Commission, hervor, daß die Beschlüsse zu § 2 der Landgemeindevorordnung für die Regierung unannehmbar sind; ich glaube jedoch, es ist keineswegs eine Verständigung ausgeschlossen. Es kommt nur darauf an, daß, wenn man etwas sagt, sich auch das Richtige dabei denkt. Schwierig ist allerdings eine Verständigung mit denen, welche für gewisse Begriffe andere Worte wie die Wissenschaft und die Geseßgebung brauchen.  
Damit schließt die erste Lesung; ein großer Theil des Etats wird der Budgetcommission zur Vorberathung übergeben.  
Nächste Sitzung: Mittwoch.  
Reichstag.  
47. Sitzung vom 19. Januar.  
Zur Berathung steht zunächst der Antrag der socialdemokratischen Partei: In Erwägung, daß nach Art. 31 der Verfassung ohne Genehmigung des Reichstages kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode zur Unternehmung gezogen werden kann, in Erwägung, daß der Reichstag zur ersten Session seit dem 6. Mai 1890 verammelt ist, den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß der Staatsanwalt in Nürnberg zur Aufhebung derjenigen Unternehmungsmassnahmen angewiesen werde, welche er unter Nichtbeachtung der Bestimmungen des Art. 31 gegen den Abg. Grillenberger eingeleitet hat.  
Abg. Singer (Goc.): Wir haben mit Vorbedacht die Form gewählt, in welcher der Antrag Ihnen vorliegt. Wir wollen, daß der Reichstag sich principiell darüber äußere, ob die Immunität der Abgeordneten auch während einer Vertagung der Sitzungen des Reichstages fortbaurt, oder ob es in das Belieben einzelner Staatsanwälte gestellt ist, sie zu misshandeln. Das Oberlandesgericht München hat nämlich auf Beschwerde des Staatsanwalts dahin erkannt, daß die Immunität sich nicht auf die Dauer der Vertagung, sondern nur auf die Dauer des wirklichen Tagessitzes beziehe. Es ist dem Abg. Grillenberger in Folge dessen, da er die Akten zurückgeschickt hat, ein Falschvertheidiger gestellt worden, und man hat die Schwurgerichtsverhandlung gegen ihn auf den 7. Februar angefeht.  
Abg. Hartmann (conf.): Einer principiellen Entscheidung über die vorgelegte Frage bedarf es nicht, wie ja der Vorredner selbst angedeutet hat. Am 8. Mai 1885 hat der Reichstag entschieden, daß während einer Vertagung des Reichstages, auch einer solchen, die auf Grund kaiserlicher Verordnung erfolgt, die Immunität fortbesteht. Das Bistum ist also damals schon abgegeben worden; aber allerdings nur für den Reichstag. Die verbliebenen Regierungen haben den entgegengesetzten Standpunkt vertreten, und zwar sehr beharrlich. Für uns also ist es keine Streitfrage mehr, aber für alle Welt draussen bleibt die Sache wie sie ist. Wir können hier keine authentische Interpretation des Artikels 31 geben, solche kann nur durch beide Geseßgebende Factoren, Reichstag und Bundesrath, zu Stande kommen. Würde lediglich die Einstellung des Verfahrens für die Dauer der Session verlangt, so würden wir zustimmen.  
Bair. Bundes-Bevollm. Graf Lerchenfeld schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.  
Abg. v. Unruhe-Bomst (Reichsp.) bringt den Antrag ein: den Reichskanzler zu ersuchen, die Einstellung des gegen den Abg. Grillenberger in Nürnberg anhängigen Strafverfahrens während der Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode zu veranlassen.  
Abg. Träger erklärt für den Antrag Singer stimmen zu wollen.  
Staatssecretär v. Bötticher: Die verbündeten Regierungen haben sich bisher mit der Frage nicht befaßt und ebenso wenig der Reichskanzler. Durch die Praxis hat sich herausgestellt, daß über die Auslegung Meinungsverschiedenheit besteht. Zur Klarstellung dieser Meinungsverschiedenheit brauchen wir gar kein Geseß, aber die einseitige Auslegung des Reichstages genügt allerdings nicht, sondern auch der Bundesrath ist hier vollständig zum Mitreden berechtigt. Hätte Hr. Singer eine Resolution beantragt, durch welche der Bundesrath aufgefordert wird, auch seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, so wäre dasaerg garnichts zu sagen.  
Abg. v. Buol (Centr.): Wir werden für den Antrag v. Unruhe stimmen, die Frage im übrigen aber, soweit sie freitig bleibt, der Geseßgebungs-Commission überweisen.  
In demselben Sinne sprechen sich die Abgg. Hartmann (conf.) und Marquardt (nat.-lib.) aus, während der Abg. Wundel (freil.) beide Anträge der Geseßgebungs-Commission zu überweisen bittet, die bis zum 7. Februar Zeit habe, mit der Angelegenheit fertig zu werden.  
Der Antrag der socialdemokratischen Partei wird einstimmig der Geseßgebungs-Commission überweisen, der Antrag v. Unruhe-Bomst nach Ablehnung des Antrages auf Commissionsberathung gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen.  
Darauf folgt die zweite Berathung des Etats für 1891/92. Beim Special-Etat des Reichstages mündlich Abg. Richter die Drücklegung des festgestellten Etats, wie sie in Preußen üblich ist. Die summarische Publication genügt nicht. Auch im Interesse der Rechnungsprüfung empfiehlt sich eine solche Drücklegung, um die er den Vorstand des Reichstages ersucht.  
Bei Titel 11 „Entschädigung für die Eisenbahnfreikarten der Abgeordneten“ bemerkt  
Abg. Richter: Die Frage der Zahlung von Diäten an die Reichstagsmitglieder bedarf dringend der Regelung. Die Diätenlosigkeit wirkt erfahrungsmäßig keineswegs abhürnd auf die Dauer der Session. Desto mehr läßt die Beschlusfähigkeit des Reichstages im allgemeinen zu wünschen übrig. Besonders die süddeutschen Abgeordneten haben unter der Diätenlosigkeit sehr zu leiden. Die parlamentarische Arbeit beschränkt sich daher jumeist auf einen kleinen Kreis von Personen, welche in Berlin oder bei Berlin wohnen, ziemlich dieselben Personen, welche im Abgeordnetenhaus sich wiederfinden. Auch die Züchtung von Berufspolitikern ist durch die Diätenlosigkeit nicht verhindert worden; im Gegentheil fielen in Berlin wohnenden Personen deshalb noch mehr Mandate zu. Alle diese Verhältnisse gewinnen noch an Genick seit der Verlängerung der Wahlperiode auf 5 Jahre. Nur der persönliche Wille des Fürsten Bismarck hat die Diätenlosigkeit durchgeföhrt. Aber wie so vielfach ist er auch hier von solchen Voraussetzungen ausgegangen. Der jetzige Reichskanzler hat versprochen, die Regierung werde überall bereit sein, zurückgehaltene Wünsche aufzunehmen, wenn sie erfüllt werden könnten. Von diesem Gesichtspunkte aus legen wir ihm diese Frage zur Erwägung vor, welche den Reichstag seit 23 Jahren beschaftigt. Viel einfacher aber wäre es, wenn in dieser Frage die Regierung selbst die Initiative ergreife.  
Der Etat des Reichstages sowie der Etat des Reichsamts des Reichskanzleramts werden hierauf ohne weitere Debatte erledigt.  
Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern. Bei Tit. I wünscht  
Abg. Singens (Centr.) allgemeine Sonntagsruhe in den Fabriken.  
Abg. v. Reubell (Reichsp.) bespricht die Folgen der Trunksucht, auf die über 55 Proc. aller Verbrechen zurückzuführen seien, und beschränkt ein Einschreiten des Staates zur Bekämpfung derselben.  
Staatssecretär v. Bötticher: Es haben Meinungs-austausche unter den verbündeten Regierungen stattgefunden, und die überwiegende Zahl hat sich dahin ausgesprochen, daß ein Bedürfnis nach geseßgeberischen Vorgehen auf diesem Gebiete anerkennen sei. (Hört! hört!) Es sind commissarische Verhandlungen eingeleitet worden mit den betreffenden preussischen Ressorts. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen liegen nur in ihren Grundzügen vor. Der Geseßentwurf ist bisher noch nicht ausgearbeitet worden. Allein sehr bald, vielleicht schon nach Ostern könnte ein solcher an den Bundesrath bezw. an den Reichstag gelangen.





# Beilage zu Nr. 18709 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 20. Januar 1891.

Danzig, 20. Januar.

**[Berichtigung.]** Das letzte Sonntagsfeuilleton erwähnte, daß eine Petition des Allgemeinen deutschen Frauenvereins um Zulassung der Frauen zum ärztlichen Studium bereits im Reichstag vorgebracht und an eine Commission verwiesen worden sei. Diese Angabe ist nicht ganz zutreffend. Es ist allerdings eine Petition des Inhalts im Reichstag vorgebracht worden; doch ging diese vom „Frauenverein Reform“ aus. Was die sogenannte „Petition des Allgemeinen deutschen Frauenvereins“ betrifft, so ist dieselbe identisch mit der jetzt in unserer Stadt kursirenden; es ist dies eine Massenpetition, welche allerdings vom Allgemeinen deutschen Frauenverein angeregt worden ist. Sie soll erst nach Ostern im Reichstag eingebracht werden. Die Bogen zum Unterzeichnen liegen deshalb noch für längere Zeit aus bei den Herren Scheinert und Biemßen, denn die Sammlung von Stimmen braucht erst etwa 8 Tage vor Ostern abgeschlossen zu werden. Die Freunde der Sache haben also noch volle Zeit, ihre Thätigkeit zu entfalten.

K. S.

**\* [Postalisches.]** Die in Bagamoyo, Dar-es-Salaam und Zanzibar bestehenden deutschen Postanstalten nehmen fortan an dem Austausch von Postpaketen Theil. Der Austausch erfolgt für Postpakete bis 5 Kilo auf dem Wege über Hamburg, für solche bis 3 Kilo auf dem Wege über Neapel mittels der Reichspostdampfer der deutschen Ostafrikalinie.

Die kaiserlichen Postagenturen in den deutschen Schutzgebieten von Kamerun, Neu-Guinea, Ostafrika und Togo, sowie in Shanghai und Zanzibar nehmen fortan auch Bestellungen auf die in der Zeitungspreisliste des Reichspostamts aufgeführten Zeitungen und Zeitschriften im Wege des Postabonnements an.

**\* [Patent.]** Herr E. Franke in Danzig ist auf eine Schmierpumpe mit umlaufendem Zylinder und mittels stellbaren Zapfens bewegtem Kolben ein Patent erteilt worden.

**[Der evangelische Jünglingsverein]** feierte am letzten Sonntag (dem eigentlichen Stiftungstage des Vereins) sein 6. Jahresfest durch einen Gottesdienst in der Garnisonkirche, der durch Chorgesänge umrahmt wurde und bei welchem Herr Prediger Fuhs die Festpredigt hielt. Dem Gottesdienste folgte Abends 7 Uhr im „Freundschaftlichen Garten“ eine gesellige Nachfeier, die zahlreich besucht war. Nach einleitendem Chorgesänge begrüßte der Vorsitzende Herr Pastor Kolbe die Festtheilnehmer durch eine kurze Ansprache, nach welcher wiederum Chorgesänge und alsdann die Berichterstattung folgte. Dem Bericht entnehmen wir, daß der Verein jetzt 80 Mitglieder zählt, und zwar 1 Ehrenmitglied, 22 passive und 57 active. Ansprachen, Declamationen und ein reichhaltiges musikalisches Programm, das u. a. den „Einzug der Gäste auf die Wartburg“, die Jubel-Duodireure, ein Quintett von Schumann, die „Hugenotten“-Fantasie enthielt, vereinigte die Festgenossen noch längere Zeit.

**\* Aus dem Danziger Werder, 19. Januar.** Der Kriegsveteran Hr. Ländler hat die Kaiser-Geburtstagsfeier auf den 7. Februar, Nachmittags 2 Uhr verlegt. In dieser Versammlung sollen auch die Statuten des

Vereins endgültig festgestellt werden. — Die Schutzhinder der in dürftigen Verhältnissen sich befindenden Eltern erhalten laut Verfügung des Areisausschusses auch in diesem Winter warmes Mittagessen. — In der am Sonnabend in Trutenau abgehaltenen stark besuchten Lehrerversammlung referirte Krauß-Trutenau über das Thema „Was ist Charakter und wie kann er durch die Erziehung gebildet werden?“

**N. Berent, 19. Januar.** Heute wurde zum Pfarrer der hiesigen evangelischen Gemeinde der Pfarrvicar Herr Grabowski aus Rastenburg mit 168 von 257 abgegebenen Stimmen gewählt. 89 Stimmen erhielt Herr Prediger Albrecht zu Raukehmen.

**Stuhm, 19. Januar.** Ende voriger Woche blieb der Pächter W. auf seinem Heimwege von Rehhof nach Montauerweide in dem hohen Schnee stecken. Als man ihn später auffand, waren ihm Hände und Füße erfroren, so daß der Berunglückte in der höchsten Gefahr schwebt, die Gliedmaßen durch Amputation zu verlieren. — Von Freitag zu Sonnabend brannte zu Pulkowitz die Schulscheune mit vollem Einschnitt nieder. — Dem Gendarm Wallner ist es gelungen, eine Anzahl von verdächtigen Männern und Frauen dingfest zu machen, in denen man eine organisierte Diebesbande vermuthet. Einem der Männer gelang es, sich durch die Flucht der Gefangennahme zu entziehen. Es scheint dies das Haupt der Bande gewesen zu sein. — Bei der heute im Forstrevier Karlsthal abgehaltenen Hasenjagd wurden 32 Hasen erlegt. Der hohe Schnee bot den Schützen und Treibern unübersteigliche Hindernisse.

**K. Schwel, 19. Januar.** Am vergangenen Sonnabend fand eine Generalversammlung des hiesigen Männergesangsvereins „Einigkeit“ statt. Dem erstatteten Berichte zufolge zählt der Verein gegenwärtig 97 Mitglieder, davon sind leider nur 24 active, d. h. singende Mitglieder. In den Vorstand wurden nachstehende Herren gewählt: Kammerer Jander zum Vorsitzenden, Provinzial-Baumeister Bömer zu dessen Stellvertreter, Gymnasiallehrer Knoss zum Dirigenten, Conceptor Rogier zu dessen Stellvertreter, Gasthofbesitzer Weuffer zum Rentanten und Ofenfabrikant Schulz zum Schriftführer. — Gestern Abend fand in Büchners Hotel eine Versammlung derjenigen Hausbesitzer statt, welche die Aufhebung der Gebäudesteuer wünschen. Es wurde zu diesem Zwecke eine Petition an das Herrenhaus und an das Abgeordnetenhaus abgefaßt, welche die allseitige Zustimmung der Versammlung fand und sofort mit Unterschriften versehen wurde.

## Vermischte Nachrichten.

**\* In Hanau entstand gestern eine große Panik auf dem Main.** Die Fährbinder mit den Gesellen und Lehrlingen fertigten, allem Brauche gemäß, auf dem zugefrorenen Main ein Faß an. Als das fertige Faß dem Ufer zugerollt wurde, drängten sich Hunderte von Personen um dasselbe, das Eis brach, etwa fünfzig Personen, darunter kleine Kinder, stürzten in den Fluß, doch wurden sie, weil der Fluß fließt und das Ufer in der Nähe, sämtlich gerettet.

## Winterwetter und Verkehr.

**Hirschberg i. Schl., 19. Januar.** Das Eisenbahnbetriebsamt Görlitz meldet: „Sämtliche gesperrten Strecken des Amtsbezirks sind seit Sonntag Nachmit-

tag 2½ Uhr für den Personenverkehr wieder frei. Der Güterverkehr wird voraussichtlich am Dienstag wieder eröffnet.“

**Hamburg, 19. Januar.** In Folge des andauernden Frostes wird der Verkehr auf der Unterelbe immer gefährlicher. Der Warnungsdampfer „Diana“ verbleibt in der Nähe von Helgoland. Die Sezeiten sind äußerst niedrig. Mehrere Unfälle sollen auf der See vorgekommen sein.

**Köln, 19. Januar.** Die erste englische Post vom 18. Januar über Ostende ist ausgeblieben. Grund: Zugverspätung auf den englischen und belgischen Eisenbahnsystemen, sowie Verzögerung der Ueberfahrt des Schiffes wegen ungünstiger Witterung.

**Karlsruhe, 19. Januar.** Wegen starken Eisganges ist die Schiffbrücke bei Magau abgefahren worden; die badischen Züge verkehren nur bis Magau.

**Rotterdam, 19. Januar.** Trotz des am Sonnabend eingetretenen starken Frostes gelang es doch, den Fluß freizuhalten. 17 Schiffe liefen aus und 7 gingen ein.

**Aus Antwerpen vom 17. Januar** wird telegraphirt, daß der Gemeinderath und Vertreter der Handelskammer eine Besprechung mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten, Bruun, behufs Ergreifung gemeinsamer Maßregeln für die Wiederaufnahme der Schifffahrt auf der Schelde gehabt haben. Das Interesse von 30 000 Hafnarbeitern und des Handels fordert energische Maßregeln. Demnächst wird eine Commission zusammentreten, welche sich über Mittel schlüssig machen soll, durch welche der Wiederkehr von Mißständen, wie sie gegenwärtig vorhanden sind, vorgebeugt wird.

**Leipzig, 19. Januar.** Die Schifffahrt auf dem Bodensee ist seit heute eingestellt. Die Dampfer im Hafen sind eingefroren. Der See ist, soweit das Auge reicht, zugefroren.

**Bern, 19. Januar.** In Folge von großen Schneemassen auf mehreren Strecken der in der Schweiz mündenden französischen Bahnen sind seit Sonnabend die Anschlüsse an die Schweizer Bahnen, namentlich bei Genf und Pontarlier, vielfach verfehlt worden. Auf letzterer Linie ist das Wegschaffen des Schnees nur mit großen Anstrengungen möglich.

**Paris, 19. Januar.** Telegraphische Mittheilungen aus Südfrankreich melden andauernde, ungenügend starke Kälte. Im Departement du Gard fürchtet man, daß die Olivenernte geschädigt werde. Bei Beaucaire läuft man auf der Rhone Schlittschuh. Die Häfen von Toulon und La Seyne sind mit Eis bedeckt, ein Umstand, der seit Menschengedenken in Toulon nicht vorgekommen ist. In der Umgebung von Perpignan sind mehrere Personen erfroren. Der Eisenbahn- und andere Verkehr ist mehrfach unterbrochen. Das von Algier kommende Pachtboot „Afrique“ ist in Port-Vendres (Departement östliche Pyrenäen) mit Eis bedeckt angekommen. Heftige Orkane und ungewöhnliche Kälte herrschen auch in ganz Spanien. In Saragossa sind 140 Kälte.

**Paris, 19. Januar.** Die Deputirtenkammer genehmigte einstimmig mit 532 Stimmen den von dem Minister des Innern verlangten Credit von 2 Millionen Francs für die durch die ungewöhnliche Kälte Heimgefuhrten. Der gegenwärtige Credit wird nur für die in Folge der Kälte Nothleidenden in den Städten gefordert; demnächst soll ein

weiterer Gesekentwurf eingebracht werden betreffend die Unterstützungen der Nothleidenden auf dem Lande.

## Börsen-Depeschender Danziger Zeitung.

**Hamburg, 19. Januar.** Getreidemarkt. Weizen loco fest, holländischer loco neuer 188—195. — Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 185—192, russ. loco fest, 128—134. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) fest, loco 60. — Spiritus sehr fest, per Januar 37¼ Br., per Februar 37 Br., per April-Mai 36½ Br., per Mai-Juni 36¼ Br. — Kaffee fest, Umiat 2000 Sach. — Petroleum fest, Standard white loco 6.80 Br., per Februar-März 6.70 Br. — Wetter: Schön.

**Hamburg, 19. Januar.** Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product Basis 88% Rendement, neue Ufance, f. a. B. Hamburg, per Jan. 12,72½, per März 12,87½, per Mai 13,05, per August 13,32½. — Steig.

**Hamburg, 19. Januar.** Kaffee. Good average Santos per Januar 81¼, per März 78, per Mai 76¼, per Sept. 73¼. Raum behauptet.

**Bremen, 19. Januar.** Petroleum. (Schlußbericht.) Besser. Standard white loco 6.65 Br.

**Havre, 19. Januar.** Kaffee. Good average Santos per März 89,00, per Mai 97,75, per Sept. 94,25. Ruhig.

**Frankfurt a. M., 19. Januar.** Effecten-Societät. (Schluß.) Creditactien 217¼, Franzosen 217¼, Lombarden 114, Aegypten 97,60, 4% ungar. Goldrente 92,70, Gotthardbahn 157,40, Disconto-Commandit 211,80, Dresdener Bank 154,50, Laurahütte 138,30, Gellenkirchen 172,90. Ruhig.

**Wien, 19. Januar.** (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 91,00, do. 5% do. 102,80, do. Silberrente 91,20, 4% Goldrente 108,50, do. ungar. Goldrente 104,15, 5% Papierrente 101,10, 1860er Loose 138,90, Anglo-Aust. 164,75, Cänderbank 218,80, Creditactien 307,50, Unionbank 243,50, ungar. Creditactien 353,00, Wiener Bankverein 116,75, Böhm. Westbahn 337,00, Böhm. Nordbahn 194,50, Buda. Eisenbahn 474,00, Dur-Bodenbacher —, Elbethalbahn 221,25, Nordbahn 2785,00, Franzosen 245,75, Galizier 210,25, Lemb.-Cern. 232,50, Lombarden 128,75, Nordwestbahn 214,50, Pardubitzer 178,00, Alp.-Mont.-Act. 92,50, Tabakactien 148,00, Amsterd. Wechsel 95,00, Deutsche Plätze 58,10, Londoner Wechsel 114,20, Pariser Wechsel 45,22½, Rapoteons 9,04, Marknoten 58,12½, Russische Banknoten 1,32¼, Silberrcoupons 100.

**Amsterdam, 19. Januar.** Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, per März 221. — Roggen loco unverändert, do. auf Termine fester, per März 156—155, per Mai 150—149. — Rüböl loco 32, per Mai 30¼, per Herbst 30¾.

**Antwerpen, 19. Jan.** Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loco 22½ bei, 22¼ Br., per Januar 20 bei, 20½ Br., per Februar 17 Br., per März 16¼ Br. Fest.

**Antwerpen, 19. Januar.** Getreidemarkt. Weizen höher, Roggen fest, Hafer belebt, Gerste fest.

**Paris, 19. Januar.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Januar 26,70, per Februar 26,70, per März-Juni 27,00, per Mai-Aug. 27,00. — Roggen beehrt, per Januar 17,10, per Mai-August 17,60. — Weizen ruhig, per Januar 59,60, per Februar 59,80, per März-Juni 60,00, per Mai-August 59,90. — Rüböl ruhig, per Januar 65,50, per Februar 66,00, per März-Juni 67,50, per Mai-August 68,25. — Spiritus fest, per Januar 37,00, per Febr. 37,75, per Mai-August 40,25, per Sept.-Debr. 39,50. — Uetter: Schnee.

**Paris, 19. Jan.** (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 96,15, 3% Rente 95,50, 4½% Anleihe 105,47, 5% ital. Rente 92,15, österr. Goldr. 97¼, 4% ungar. Goldrente 92,62, 3. Orienanleihe 78,75, 4% Russen 1880 93,35.

4% Russen 1889 —, 4% unific. Aegypter 490.31, 4% span. äußere Anleihe 75 7/8, conv. Türken 19.07, türk. Loose 78.40, 4% privilegierte türk. Obligationen 413.70, Franzosen 542.50, Lombarden 302.50, Lomb. Prioritäten 339.00, Banque ottomane 619.00, Banque de Paris 838.75, Banque d'Escompte 560.00, Credit foncier 1286.25, do. mobilier 417.50, Meridional-Act. 662, Panamakanal-Actien 37.00, do. 5% Oblig. 35.00, Rio Tinto-Actien 575.00, Suezkanal-Actien 2431.00, Gaz Parisis 1452.00, Credit Oyonnais 833.75, Gaz pour le Fr. et l'Etranger 555.00, Transatlantique 617.00, B. de France 4365.00, Bille de Paris de 1871 408.00, Tab. Ottom. 332.00, 2 1/4% Conf. Angl. 97, Wechsel auf deutsche Plätze 122 1/2, Londoner Wechsel kurz 25.23, Cheques a. London 25.25, Wechsel Wien kurz 207.75, do. Amsterdam kurz 219.00, do. Madrad kurz 487.00, C. d'Esc. neue 667.50, Robinson-Act. 71.25.

London, 19. Januar. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Sämtliche Getreidearten allgemein sehr ruhig, stetig, Hafer fester, thätiger.

London, 19. Januar. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Frost.

London, 19. Januar. Englische 2 1/2 % Consols 97 1/16, Br. 4 % Consols 105, ital. 5 % Rente 91 1/8, Lombard. 12 1/16, 4% conf. Russen von 1889 (C. Serie) 98 1/4, conv. Türken 18 1/8, österr. Silberrente 79, österr. Goldrente 95.00, 4% ungarische Goldrente 91 1/8, 4% Spanien 74 3/8, 3 1/2% privil. Aegypter 93 1/4, 4% unific. Aegypter 97 1/8, 3% garantierte Aegypter 101 1/2, 4 1/4% ägypt. Tributant. 99, 6% conf. Mexikaner 91 1/2, Otkomanbank 14 1/2, Suezactien 96 1/2, Canada-Pacific 77 1/8, De Beers-Actien neue 16 3/8, Rio Tinto 22 1/4, Rupees 83 1/2, Argentinische 5% Goldanleihe von 1888 73 1/2, do. 4 1/2% äußere Goldanleihe 58, Silber —, Disconto 1 1/8.

London, 19. Januar. Die Getreidezufuhren betragen in der Woche vom 10. bis 16. Januar: Englischer Weizen 2869, fremder 13 575, engl. Gerste 2018, fremde 3496, engl. Malzgerste 22 402, fremde —, engl. Hafer 1707, fremder 48 199 Arts. Engl. Mehl 19 626, fremdes 23 295 Sack.

Glasgow, 19. Jan. Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 4990 gegen 6130 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Glasgow, 19. Januar. (Schluss) Roheisen. Mied numbers warrants 47 sh. 4 d.

Liverpool, 19. Januar. Baumwolle. (Schlussbericht.) Umsatz 8 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig. Middl. amerikanische Lieferungen: per Januar-Februar 5 1/2, Werth, per Februar-März 5 1/2 Käuferpreis, per März-April 5 1/2 do., per April-Mai 5 1/2 do., per Mai-Juni 5 1/2 do., per Juni-Juli 5 1/2 do., per Juli-August 5 1/2 do., per Aug.-Sept. 5 1/2 do. d. do.

Newyork, 19. Januar. Wechsel auf London 4.84 1/2. — Rother Weizen loco 1.06 3/4, per Januar 1.04 1/4, per Febr. 1.04 1/4, per Mai 1.02 1/4. — Weizen loco 3.80. — Mais per Novbr. 0.58 1/2. — Fracht 4. — Zucker 4 1/4. Newyork, 19. Januar. Visible Supply an Weizen 25 155 000 Bushels.

### Productenmärkte.

Stettin, 19. Januar. Getreidemarkt. Weizen unverändert, loco 180—190, do. per Januar 190.00, do. per April-Mai 192.50. — Roggen fester, loco 165—170, do. per Januar 171.00, do. per April-Mai 169.50. Bommscher Hafer loco 138—136. — Rüböl ruhig, per Januar 57.50, per April-Mai 58.00. — Spiritus beh., loco

ohne Faß mit 50 M Consumsteuer 66.20, mit 70 M Consumsteuer 47.00, per Januar mit 70 M Consumsteuer —, per April-Mai mit 70 M Consumsteuer 47.40. — Petroleum loco 11.55.

Berlin, 19. Januar. Weizen loco 182—196 M, gelb märk. 188 M ab Bahn, per April-Mai 195.50—195.25 M, per Mai-Juni 195.50—195.25 M, per Juni-Juli 195.50—195.25 M — Roggen loco 167—181 M, mittel inländ. 174—176 M, guter inländ. 177—179 M, per Januar 178.50 M, per April-Mai 172—172.25—171.75 M, per Mai-Juni 169—169.25—168.75 M — Hafer 139—155 M, ost- und westpreuß. 140—143 M, pomm. und udermärker 140—143 M, schlef. 140—143 M, fein schlef. 147—151 M a. Bahn, per Jan. 142.50 M nom., per Januar-Febr. 143 M nom., per April-Mai 142—142.25 M, per Mai-Juni 143 M — Mais loco 132—142 M, per Jan. 132 M, per April-Mai 129.25 M — Gerste loco 140—200 M — Kartoffelmehl loco 22.75 M — Trockene Kartoffelstärke loco 22.75 M — Feuchte Kartoffelstärke per Januar 12.80 M — Erbsen loco Futterwaare 135—143 M, Rohwaare 148—200 M — Weizenmehl Nr. 00 27.00—25.00 M, Nr. 0 24.00 bis 22.00 M — Roggenmehl Nr. 0 — M, Nr. 0 u. 1 24.25 bis 23.25 M, ff. Marken 26.25 M, per Januar 24.40 bis 24.50 M, per Jan.-Febr. 24.30 M, per April-Mai 23.70 M — Petroleum loco 24.0 M, per Januar-Februar 24.2 M — Rüböl loco ohne Faß 57.7 M, per Jan 58.6 M, per April-Mai 58.6—58.5—58.7 M, per Mai-Juni 58.6 M, per Septbr.-Oktbr. 58.4 M — Spiritus ohne Faß loco unversteuert (50 M) 68.7—69.1 M, mit Faß loco unversteuert (70 M) 49.1 M, per Januar 48.2—48.7 M, per Jan.-Febr. 48—48.5 M, per April-Mai 48.2—48.9—48.8 M, per Mai-Juni 48.4—49.0—48.9 M, per Juni-Juli 48.8—49.4—49.3 M,

per Juli-August 49.1—49.0—49.6 M, per August-Sept. 48.9—49.4—49.3 M, per Septbr.-Oktbr. 46.0—46.7—46.0 M

Magdeburg, 19. Jan. Zuckerbericht. Stornzucker excl. von 92 1/2 17.35, Kornzucker excl., 88 % Rendement 16.45, Nachprodukte excl. 75 % Rendement 14.00, Fests. Brodraffinade I. 27.50, Brodraffinade II. 27.25, Gem. Raffinade mit Faß 27.75, Gem. Melis I. mit Faß 25.50, Fests. Kornzucker I. Product Transit f. a. B. Hamburg, per Jan. 12.65 Gd., 12.75 Br., per Febr. 12.75 Gd., 12.77 1/2 Br., per März 12.85 Gd., 12.87 1/2 Br., per April 12.92 1/2 Gd., 12.97 1/2 Br., stetig.

### Schiffs-Liste.

Reisefahrwasser, 20. Januar. Wind: SW. Angekommen: Cining (SD.), Arends, Kopenhagen, leer. Nichts in Sicht.

Verantwortliche Redacteurs: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Geistes- und Literarische: S. Römer, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratenthail: Otto Rafemann, sämtlich in Danzig.

**Garantie-Seidenstoffe**  
Direkt aus der Fabrik zu beziehen  
von **H. C. & Neufeld, Grefsch**, also aus erster Hand, in jedem Mann. Schwarze, farbige, schwarzweiche und weiße Seidenstoffe, glatt und gemustert, schwarze und farbige Sammele etc. zu billigen Fabrikpreisen. Man verlange Muster mit Angabe des Gewünschten.

### Berliner Fondsbörse vom 19. Januar.

Im sonntäglichen Hamburger und Frankfurt a. M.-Privatverkehr herrschte bei kaum veränderten Werthstand sehr stille Haltung. Da auch die heute von den auswärtigen Plätzen vorliegenden Meldungen ziemlich farblos lauteten, so eröffnete unsere Börse die neue Woche in reservirter, abwartender Stellung. Dem Geschäft waren mit unwesentlichen Ausnahmen recht enge Grenzen gezogen, wobei die Course entweder fest auf ihrem letzten Niveau beharrten oder aber, mit einer geringen Reigung nach abwärts, nur unbedeutende Differenzen gegen dasselbe aufwiesen. Die günstigen Hälften des heute zur Veröffentlichung gelangten Ausweises unserer Reichsbank blieben auf die allgemeine Tendenz einflußlos. Bankactien wurden in sehr geringem Umfange gehandelt. Inländische Eisen-

bahnactien verkehrten sehr still, zeigten sich aber meist gut behauptet. Ausländische Eisenbahnen auf die durch Schneeverwehungen beeinträchtigten Betriebseinnahmen, die besonders bei Franzosen und Lombarden durch die letztwöchentlichen Minderergebnisse illustriert wurden, mehr angeboten, still und matter. Montanwerthe theilweise belebter in ermäßigten Course. Andere Industrieactien ohne regere geschäftliche Beachtung, aber vorwiegend fest. Fremde Fonds still, ziemlich fest. Preussische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe bei mäßigen Um-

Deutsche Fonds.	
Deutsche Reichs-Anleihe	4 106.80
do. do.	3 1/2 98.40
do. do.	3 86.80
Ronsolidirte Anleihe	4 106.00
do. do. ...	3 1/2 98.70
do. do. ...	3 86.80
Staats-Schuldcheine	3 1/2 99.80
Österr. Prov.-Oblig.	3 1/2 95.25
Westpr. Prov.-Oblig.	3 1/2 —
Landsch. Centr.-Pfdbbr.	4 —
Österr. Pfdbriefe	3 1/2 96.90
Bommsche Pfdbbr.	3 1/2 97.50
do. do.	4 —
Bosensche neue Pfdbr.	4 101.40
do. do.	3 1/2 96.75
Westpreuß. Pfdbriefe	3 1/2 97.10
do. neue Pfdbbr.	3 1/2 97.10
Bomm. Rentenbriefe	4 102.30
Bosensche do.	4 102.30
Preussische do.	4 102.30

Ausländische Fonds.	
Österr. Goldrente	4 96.50
Österr. Papier-Rente	4 —
do. do.	4 1/5 81.10
do. Silber-Rente	4 1/5 80.90
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4 1/2 102.00
do. Papier-Rente	4 90.30
do. Gold-Rente	4 92.90
Russ.-Engl. Anleihe 1875	4 1/2 102.00
do. do. do. 1880	4 98.10
do. Rente 1883	4 106.90
do. Rente 1884	4 105.80
Russ. Anleihe von 1889	4 —
Russ. 2. Orient-Anleihe	4 76.90
do. 3. Orient-Anleihe	4 78.00
do. Stiegl. 5. Anleihe	4 78.60
Russ.-Poln. Schah-Obl.	4 —

Poln. Liquidat.-Pfdbr.	
Poln. Liquidat.-Pfdbr.	4 69.25
Poln. Pfandbriefe	5 —
Italienische Rente	5 93.00
Rumänische Anleihe	6 —
do. fundirte Anl.	5 101.60
do. amort. do.	5 100.10
do. 4% Rente	4 86.25
Türk. Admin.-Anleihe	5 89.40
Türk. conv. 1% Anl. C. a. D.	1 18.80
Serbische Gold-Pfdbr.	5 95.00
do. Rente	5 89.00
do. neue Rente	5 90.10

Hypotheken-Pfandbriefe.	
Danz. Hypoth.-Pfdbbr.	4 —
do. do. do.	3 1/2 —
Dtsch. Grundsch.-Pfdbr.	4 100.60
Hamb. Hypoth.-Pfdbr.	4 100.75
Meininger Hyp.-Pfdbr.	4 100.80
Nordd. Ord.-Cb.-Pfdbr.	4 100.75
Bomm. Hypoth.-Pfdbr. neue gar.	4 —
alte do. do.	4 —
do. do. do.	3 1/2 93.90
III, IV. Em.	4 100.50
Dr. Bod.-Cred.-Act.-Bh.	4 114.60
Dr. Central-Bod.-Cr.-B.	4 101.40
do. do. do.	3 1/2 94.90
do. do. do.	4 102.60
Dr. Hypoth.-Actien-Bh.	4 100.70
Dr. Hypoth.-B.-A.-G.-C.	4 100.70
do. do. do.	4 100.70
do. do. do.	3 1/2 94.00
Stettiner Nat.-Hypoth.	5 —
do. do. do.	4 1/2 104.90
do. do. do.	4 99.00
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5 110.25
Russ. Central-	5 94.25

Cottarie-Anleihen.	
Bad. Prämien-Anl. 1867	4 139.90
Baier. Prämien-Anleihe	4 140.90
Braunsch. Pr.-Anleihe	4 105.50
Gotth. Präm.-Pfdbbr.	3 1/2 111.80
Hamburg. 50thlr.-Loose	3 141.50
Hamb.-Mind. Pr.-G.	3 137.00
Lübeker Präm.-Anleihe	3 132.90
Österr. Loose 1854	4 121.10
do. Cred.-L.v. 1858	4 329.00
do. Loose von 1860	5 127.50
do. do. 1864	5 323.25
Oldenburger Loose	5 128.60
Dr. Präm.-Anleihe 1855	3 1/2 171.25
Raab-Gras 100L.-Loose	4 105.10
Ruß. Präm.-Anl. 1864	5 173.00
do. do. von 1866	5 163.00
Ung. Loose	— 255.80

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.	
Div. 1889	
Aachen-Maastricht	2 5/8 71.50
Mainz-Cudwighshafen	4 2/3 119.00
Mariemb.-Mawh.-St.-A.	1 3/4 62.60
do. do. St.-Pr.	1 110.40
Österr. Südbahn	3 87.40
do. St.-Pr.	5 115.20
Saal-Bahn St.-A.	1 3/4 40.50
do. St.-Pr.	5 109.40
Stargard-Polen	4 1/2 102.60
Weimar-Cera gar.	— 24.10
do. St.-Pr.	— 98.70
Galizier	4 93.50
Gotthardbahn	7 1/2 —

Zinsen vom Staate gar. Div. 1889.	
Kronpr.-Rud.-Bahn	4 1/4 92.50
Lüttich-Limburg	— 28.00
Österr. Franz.-St.	2 70 169.50
do. Nordwestbahn	4 3/4 95.60
do. Cit. B.	5 1/2 103.25
Reichsb.-Pfdbbr.	3 81 79.70
Russ. Staatsbahnen	6 56 130.00
Schw. Südwestbahn	— 84.20
Schw. Unionb.	5 —
do. Westb.	— —
Südbherr. Lombard	1 3/5 57.70
Warschau-Wien	15 228.90

Ausländische Prioritäten.	
Gotthard-Bahn	5 102.40
Italien. 3% gar. C.-Pr.	3 57.50
Russ. Dberb.-Gold-Pr.	4 98.50
Kronpr.-Rudolf-Bahn	4 85.20
Österr.-Fr.-Staatsb.	3 84.50
Österr. Nordwestbahn	5 94.75
do. Elbthalb.	5 93.40
Südbherr. B. Lomb.	3 67.80
do. 5% Oblig.	5 105.20
Ungar. Nordostbahn	5 89.90
do. do. Gold-Pr.	5 103.00
Anatol. Bahnen	5 88.10
Brest-Crajevo	5 99.10
Kursk-Charkow	4 93.00
Kursk-Kiew	4 94.00
Mosko-Nisjan	4 95.70
Mosko-Smolensk	5 101.10
Nybinsk-Bologone	5 96.80
Nisjan-Roslow	4 93.80
Warschau-Lerespol	5 101.90
Dregon Railw. Rav. Bds.	5 95.90
Northern-Pacif.-Cif. III.	6 107.75
do. do.	5 88.75

Bank- und Industrie-Actien. 1889.	
Berliner Rassen-Berein	139.00 6
Berliner Handelsgef.	160.50 12
Berl. Prod. u. Hand.-A.	— —
Bremer Bank	114.00 4 1/4
Bresl. Discobank	106.25 7
Danziger Privatbank	— 8 1/2
Darmstädter Bank	158.75 10 1/2
Deutsche Genossensch.-B.	127.50 8
do. Bank	163.90 10
do. Effecten u. W.	124.90 11
do. Reichsbank	141.20 7
do. Hypoth.-Bank	110.50 6 1/4
Disconto-Command.	216.90 14
Gothaer Grundr.-Bh.	87.80 —
Hamb. Commers.-Bank	123.25 7 1/2
Hannoversche Bank	113.30 5
Königsb. Vereins-Bank	101.60 6
Reichsb. Comm.-Bank	— 7
Magdab. Privat-Bank	113.00 5 2/3
Meininger Hypoth.-B.	104.25 5
Norddeutsche Bank	157.80 12
Österr. Credit-Anstalt	175.50 10 5/8
Bomm. Hyp.-Act.-Bank	— —
do. do. conv. neue	103.00 —
Bosener Provinz.-Bank	112.50 6
Preuß. Boden-Credit	122.10 6 1/2
Dr. Centr.-Boden-Cred.	155.50 10
Schaffhauf. Bankverein	114.50 5
Schlesischer Bankverein	122.50 8
Südb. Bod.-Credit-Bh.	156.60 6 1/2
Danziger Delmühle	138.00 5
do. Prioritäts-Act.	123.75 5
Neufeldt-Metallwaaren	108.75 8
Actien der Colonia	— 66 2/3
Leipziger Feuer-Versich.	— 60
Bauverein Passage	69.75 5 1/2
Deutsche Baugesellschaft	88.50 3 1/2

A. B. Omnibusgesellschaft.	
Or. Berl. Pferdebahn	217.50 10 1/2
Berlin. Pappen-Fabrik.	251.50 12 1/2
Wilhelmschütte	103.00 7
Dberhsh. Eisenb.-B.	98.00 6 1/2
	87.75 6

Berg- u. Hüttengesellschaften.	
Div. 1889.	
Dortm. Union-St.-Prior.	— 4
Königs- u. Laurahütte	138.10 11
Stolberg, Zink	67.40 2 1/2
do. St.-Pr.	128.50 7 1/2
Victoria-Hütte	— —

Wechsel-Cours vom 19. Januar.	
Amsterdam	8 Tg. 4 1/2 163.95
do.	2 Mon. 4 1/2 167.80
London	8 Tg. 4 20.335
do.	3 Mon. 4 20.225
Paris	8 Tg. 3 80.55
Braffel	8 Tg. 3 80.85
do.	2 Mon. 3 80.35
Wien	8 Tg. 4 1/2 178.00
do.	2 Mon. 4 1/2 177.90
Petersburg	3 Tg. 5 1/2 234.50
do.	3 Mon. 5 1/2 233.25
Warschau	8 Tg. 5 1/2 235.25

Discont der Reichsbank 4%.	
Sorten.	
Dukaten	3.70
Gonereigns	29.30
20-Francs-St.	16.13
Imperials per 500 Gr.	—
Dollar	—
Englische Banknoten	20.335
Französische Banknoten	30.80
Österr. Banknoten	173.15
Russische Banknoten	235.45